Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 28. Oktober 2026

1159. Veterinäramt (Stellenplan)

1. Ausgangslage

Die juristischen Mitarbeitenden des Veterinäramtes klären Rechtsfragen und beraten bei verwaltungsrechtlichen Massnahmen nach der Tierschutz-, Tierseuchen- und Hundegesetzgebung, bei der Lebensmittelsicherheit tierischer Produkte sowie bei der Bewilligung von tiermedizinischen Fachpersonen und Fachtätigkeiten. Sie führen in diesen Bereichen die Rechtsmittelverfahren, betreuen Aufsichtsbeschwerden und Ombudsverfahren und beurteilen Zugangsgesuche nach dem Gesetz über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007 (LS 170.4) sowie Akteneinsichtsgesuche nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959 (LS 175.2). Zudem hat das Veterinäramt den gesetzlichen Auftrag, in Strafverfahren wegen Widerhandlungen gegen die Tierschutzgesetzgebung die Parteirechte wahrzunehmen.

In allen genannten Bereichen haben Menge, Komplexität und Aufwand der Verfahren stark zugenommen. Dies führt zu einem erheblichen Mehraufwand in der juristischen Fallbearbeitung. Im Bereich Heimtiere stellt das Veterinäramt einerseits laufend wachsende Fallzahlen und anderseits eine vermehrte Tendenz zu Ergreifung von Rekursen und von weiteren Rechtsmitteln fest. Insgesamt führt dies dazu, dass im Veterinäramt die Einhaltung der Fristen in den Rechtsmittelverfahren und bei der Ausübung der Parteirechte in Tierschutzstrafverfahren nur noch unter Zurückstellung anderer Geschäfte sowie teilweise mit beantragten Fristverlängerungen erreicht werden kann.

2. Rechtliche Vorgaben sowie Stellenbedarf

2024 und 2025 bearbeitete das Veterinäramt im Rahmen der Parteirechte jährlich rund 240 Strafverfahren nach Tierschutzrecht. Die Fälle umfassen die Haltung von Heim-, Nutz- und Wildtieren und den Umgang mit ihnen sowie den Tierversuchsbereich. Die Bearbeitung lastet die vorhandenen personellen Mittel vollständig aus. Damit das Veterinäramt die Fristen weiterhin einhalten kann, ohne andere wichtige juristische Arbeiten wie Vertragsprüfungen, Beratungen bei Vernehmlassungen und Stellungnahmen oder Abklärungen zu Vollzugsfragen zurückzustellen, braucht es zusätzliche personelle Mittel.

Das Aufgabenwachstum wird an den bearbeiteten Mängelmeldungen bei Heimtieren ersichtlich. Diese haben seit 2021 stark zugenommen und verharren auf hohem Niveau. Gleichzeitig hat die Komplexität der Verfahren zugenommen. Dies zeigt sich beispielsweise an der steigenden Anzahl der Rekurs- und Gerichtsentscheide.

	2021	2022	2023	2024	2025	*2026*[1]
Mängelmeldungen Heimtiere	568	640	792	793	755	*642*
Rekurs- und Gerichtsentscheide mit Beteiligung Veterinäramt	2	3	21	14	28	*29*

[1] Stand 31. August 2026

Insgesamt resultiert im Straf- und Verwaltungsrechtsbereich ein zusätzlicher Bedarf von einer Vollzeitstelle.

3. Auswirkungen auf den Stellenplan des Veterinäramtes

Zur Deckung des Personalbedarfs sind folgende unbefristete Stellen per 1. Januar 2027 im Stellenplan des Veterinäramtes zu schaffen:

Stellen	Richtposition	Klasse VVO
1,0	Juristische/r Sekretär/in	20

Es handelt sich um eine Aufstockung bestehender Stellen, weshalb eine erneute Überprüfung der Einreihung durch das Personalamt nicht notwendig ist.

4. Finanzielle Auswirkungen

Der Lohnaufwand für die Stellen beträgt ab 2027 rund Fr. 175 000 pro Jahr. Der Aufwand fällt in der Leistungsgruppe Nr. 6100, Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt, an. Die Mittel sind weder im Budgetentwurf 2027 noch im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2027–2030 eingestellt. Die für 2027 benötigten Mittel werden kompensiert. Ab 2028 ist eine Kompensation nicht mehr möglich, weshalb die ab dann benötigten Mittel in den KEF 2028–2031 einzustellen sind.

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Der Stellenplan des Veterinäramtes wird mit Wirkung ab 1. Januar 2027 wie folgt ergänzt:

Stellen	Richtposition	Klasse VVO
1,0	Juristische/r Sekretär/in	20

II. Mitteilung an die Finanzdirektion und die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli